

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: STUDIO ORENDT



Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Auf unserem Bezirksparteitag haben wir mit Blick auf die Bundestagswahl im September erneut entscheidende, klare und eindeutige Aussagen zu sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt formuliert.

Für uns sind Gerechtigkeit, soziale Sicherung und starker Staat keine Begriffe von gestern, sondern Ausgangspunkt für Daseinsvorsorge und Grundversorgung. Die Menschen erwarten von uns konkrete Lösungen. Hier setzen unsere Beschlüsse an, mit denen wir nachhaltige Änderungen einleiten wollen.

Wir wollen gebührenfreie Bildung von der Kita über Studium bis zur beruflichen Bildung und für Meisterkurse.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Für uns ist klar, der Bund muss sich spürbar an den Kosten der Kindertagesstätten, der Schulsanierungen und für die Schulsozialarbeit beteiligen.

Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit für Männer und Frauen und einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung.

Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen weiter bekämpfen und die sachgrundlose Befristung abschaffen.

Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik, die Einkommen aus Arbeit nicht höher besteuert als Einkommen aus Vermögen. Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen und setzen auf einen konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug.

Wir wollen die Sicherung des Rentensystems und eine Solidarrente für Menschen mit geringem Einkommen, die ihr Leben lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben.

Wir wollen eine sozial gerechte und paritätisch finanzierte Gesundheitspolitik, die jedem den Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung bietet.

Wir wollen eine gute Standortpolitik für den ländlichen Raum mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der sozialen Infrastruktur und des Breitbandnetzes: Klar ist für uns Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören ohne Ausnahme in öffentliche Hand.

Wir wollen bezahlbaren Wohnraum in Stadt und Land, indem der Bund seine Möglichkeiten weiterhin offensiv nutzt um gemeinsam mit den Ländern den Wohnungsbau zu fördern.

Wir wollen starke Kommunen, deshalb müssen sich Bund und Länder stärker an den Kosten der Daseinsvorsorge beteiligen.

Nur mit großen Anstrengungen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit werden wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Frieden und Wohlstand in unserem Land nachhaltig sichern.

Die so breite Bestätigung unseres Vorstandes ist als weiteres Zeichen aus dem Bezirksparteitag Vertrauensbeweis und Auftrag für die weitere Arbeit. ■

Euer


Manfred Schaub
Bezirksvorsitzender



SPD-Landesvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel und SPD-Bezirksvorsitzender Manfred Schaub auf dem Bezirksparteitag 2017. FOTO: DIETMAR BÜRGER

ZEIT FÜR MEHR GERECHTIGKEIT SPD Bezirksparteitag 2017

Der Baunataler Bürgermeister Manfred Schaub steht weiterhin an der Spitze der nordhessischen SPD. Beim Bezirksparteitag in Baunatal konnte Schaub 92 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Wiedergewählt wurden die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Martina Werner, MdEP mit 93,8 % und der Marburger Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies mit 93,4 % sowie Bezirksschatzmeister Dr. Edgar Franke, MdB mit 91,2 % der Stimmen.

Unter dem Motto „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ stimmte der SPD-Landesvorsitzende und Stellvertretende Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel die Delegierten auf die inhaltlichen und programmatischen Ziele der Sozialdemokraten mit Blick auf die Bundestagswahl im September ein.

Neben dem programmatischen Leitansatz in Richtung Bundestagswahl „Für eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit“ hatten die Antragsberatungen in unterschiedlicher thematischer Ausrichtung regionale Schwerpunktsetzung. Es ging um eine Aufwertung der Politik für den ländlichen Raum, die Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe, die Bereitstellung und Verbesserung auch moderner Infrastruktur und ein deutliches Bekenntnis zu Europa. Das inhaltliche Spektrum reichte von der Sicherung der Verkehrsinfrastruktur über Energie, Umwelt und Daseinsvorsorge bis zu Flüchtlingspolitik, Digitalisierung und Steuerpolitik.

Mit dem Leitansatz „Für eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit“, wurden aus Sicht der nordhessischen Sozialdemokraten die Eckpunkte für eine sozialdemokratische Politik in Deutschland benannt. Dazu gehören, gebührenfreie Bildung, gute Arbeit und gerechte Löhne, eine selbstbestimmte Arbeitszeit mit mehr Zeit für Familie, das Recht auf Qualifizierung, die

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsplätzen, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, eine auskömmliche Rente für alle, eine gerechte Steuerpolitik, eine humane Flüchtlingspolitik, gute Infrastruktur in öffentlicher Hand, bezahlbarer Wohnraum in Stadt und Umland.

Einen breiten Raum nahm die Debatte um die „Stärkung des ländlichen Raums“ ein. Ausdrücklich wurden landes-, bundes- und europapolitische Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raumes gefordert. Dazu gehört insbesondere die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie in Anerkennung der Unterschiedlichkeit, die sich aus der Bevölkerungsverdichtung im städtischen Raum und der geringeren Besiedelung im ländlichen Raum ergibt. Anforderungen verdichteter Räume dürften die Weiterentwicklung ländlicher Räume nicht behindern. Forderungen sind hier die Wiedereinführung der Grundwasserabgabe, ein kommunaler Finanzausgleich, mit dem kommunale Selbstverwaltung funktioniert und der kommunale Handlungsspielräume wieder erweitert, die Verlagerung öffentlicher Einrichtungen, die nicht standortgebunden ihre Dienstleistungen anbieten, in den ländlichen Raum und die Aufstockung der Mittel für die Dorfentwicklung.

Unter dem Titel „Bildung im ländlichen Raum“ wurden Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle erörtert. Mit Blick auf den ländlichen Raum wollen die Sozialdemokraten ein breites wohnortnahes und kostenloses Bildungsangebot sicherstellen.

Zur Ausgestaltung des Bundesteilhabegesetzes legte der Parteitag ein klares Bekenntnis zugunsten des Landeswohlfahrtsverbandes als Träger der Eingliederungshilfe ab. ■

PUBLIKUMSMAGNET WEIT ÜBER NORDHESSEN HINAUS

Nordhessenrunde besucht die Grimmwelt

Wie man in den Wald hinein ruft, so schallt es heraus“, so der augenzwinkernde Kommentar von Brigitte Hofmeyer, Sprecherin der nordhessischen SPD-Landtagsabgeordneten nach dem Test der Schimpfmaschine in der Grimmwelt Kassel. Diese Maschine beantwortet jedes hineingesprochene Wort mit einem Schimpfwort aus der Zeit der Grimms. Dass diese Schimpfworte heute nicht mehr gebräuchlich, manchmal sogar völlig unbekannt sind, macht deutlich, wie schnell und stark sich Sprache wandelt. So war die Beschäftigung der Grimms mit der deutschen Sprache eines der Hauptthemen, über die die nordhessischen SPD-Politiker bei ihrem Besuch in der Grimmwelt von der fachkundigen Führerin Claudia Panetta-Möller informiert wurden, denn die Brüder Grimm arbeiteten bis zu ihrem Tod am Deutschen Wörterbuch. Dieses 1838 begonnene und

ursprünglich auf sieben bis zehn Jahre angelegte Mammutprojekt wurde erst 1961, also nach 123 Jahren offiziell abgeschlossen und umfasst 32 Bände.

Aber auch die übrigen Aktivitäten der Grimms kommen im Museum nicht zu kurz: Interaktives Mitmachen in klassischen Grimm'schen Märchen ebenso wie der Politiker Jacob Grimm, der 1848 als parteiloser Abgeordneter an der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche teilnahm. Dort scheiterte er mit seinem Versuch, die auch heute aktuellen Sätze „Das deutsche Volk ist ein Volk von Freien und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei“ als Verbesserungsvorschlag in die Grundrechte des deutschen Volkes einzubringen.

Begeistert zeigten sich die Abgeordneten sowohl vom Konzept der Ausstellung als auch von Architektur und Aufteilung



des Gebäudes, das seit der Eröffnung im September 2015 bereits von mehr als 200.000 Menschen besucht wurde. „Weit über die Region hinaus ist die Grimmwelt ein Publikumsmagnet, und wir sind glücklich mit diesem eindrucksvollen Gebäude in gebührender Weise auf das Leben und Wirken der Brüder Grimm hinweisen zu können“, betonte Hofmeyer. „Wir werden nicht nur wiederkommen, sondern auch Freunden und Nachbarn von diesem sehenswerten Museum erzählen, denn ein Besuch lohnt sich jederzeit.“ ■

Die nordhessischen SPD-Landtagsabgeordneten mit dem Werk „Colored Roots 2009-2015“, das der chinesische Documenta-Künstler Ai Weiwei exklusiv für die Grimmwelt angefertigt hat.

FOTO: DR. THOMAS BENEKE

GUTE ARBEIT, GUTE LÖHNE – GUTE RENTE

„Was wird aus unserer Rente?“ mit Birgit Kömpel

Was wird aus unserer Rente?“ lautete der Titel einer Veranstaltung, zu der die SPD-Bundestagsabgeordnete Birgit Kömpel eingeladen hatte. Gebannt folgten die Zuhörerinnen und Zuhörer den Ausführungen der drei Referenten. Birgit Kömpel hatte sich schließlich noch jede Kompetenz an ihre Seite geholt. Bernd Rützel, Bundestagsabgeordneter der SPD aus dem unterfränkischen Gemünden, ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Rentenpolitik. Und Angelika Kappe ist stellvertretende Landesbezirksleiterin von ver.di Hessen.

Rege wurde diskutiert und analysiert. „Die Rente muss gestärkt werden“, sagte Rützel, der nicht vergaß, auf die Probleme des demographischen Wandels hinzuweisen: „Gegenwärtig kommen auf 100 erwerbsfähige Personen 35 im

Rentenalter. Im Jahr 2045 werden auf 100 erwerbsfähige Personen schon 55 im Rentenalter kommen.“

Birgit Kömpel: „Grundsätzlich gilt, dass gute Arbeit und gute Löhne auch eine gute Rente ergeben sollen.“

Mögliche Stellschrauben könnten unter anderem die Erweiterung des Einzahlerkreises (Erwerbstätigenversicherung) und die Erhöhung des Bundeszuschusses sein. Im Jahr 2017 werde der Bund 91,17 Milliarden Euro in die Rentenkasse zahlen. Das sei ein Drittel des kompletten Bundeshaushaltes.

Als gescheitert betrachteten die Referenten das Riester-Modell. Angelika Kappe: „Die gesetzliche Rentenversicherung hat es bislang immer geschafft, die Renten auszuzahlen. Besser wäre es gewesen, die Rentenversicherung zu stärken. Bernd Rützel ergänzte: „Nach jetzigem Stand hat die Riesterreute ihre Ziele verfehlt. Vielen



fehlt das Geld zum Riestern.“

Angelika Kappe stellte klar, dass es Ziel sein müsse, die 450-Euro-Jobs abzuschaffen und diese in sozialversicherungspflichtige Jobs umzuwandeln.

„Wir müssen Altersarmut verhindern, lebensstandardsichernde Altersvorsorge sichern und verlässliche und planbare Renten schaffen“, fasste Birgit Kömpel die wichtigsten Ziele zusammen. ■

Angelika Kappe, Birgit Kömpel, und Bernd Rützel diskutierten die Zukunft der Rente.

FOTO: BÜRO KÖMPEL

BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE WIRD GESTÄRKT

Von Ulrike Gottschalck MdB

Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz haben wir die Betriebsrente und die private Altersvorsorge weiter gestärkt. Bisher hatten Beschäftigte in kleineren und mittelgroßen Betrieben sowie Geringverdiener das Nachsehen bei der betrieblichen Altersvorsorge. Mit dem Gesetzentwurf sorgen wir dafür, dass mehr Beschäftigte aus den benachteiligten Gruppen von der Betriebsrente profitieren. Hemmnisse für kleinere und mittlere Unternehmen waren bisher die vorgeschriebene Garantie für eine bestimmte Höhe einer späteren

Betriebsrente, weil dies hohe Rückstellungen und finanzielle Absicherungen erforderte. Geringverdiener wünschten sich einen Freibetrag, der nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Beides haben wir im aktuellen Gesetz verbessert. Außerdem wird die Haftung für eine Garantierente durch den Arbeitgeber entfallen und bei Betriebs- und Riester-Renten bleiben bis 200 Euro bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung anrechnungsfrei.

Eine Zielrente wird die Zahlung der von den Arbeitgebern zugesagten Beiträge ga-

rantieren. Betriebe können über Tarifverträge ganze Belegschaften automatisch in ihre betriebliche Altersvorsorge aufnehmen. Für die Investition in Betriebs- und Riester-Rente werden weitere Anreize geschaffen vor allem für Arbeitnehmer mit kleinerem Gehalt. Arbeitgeber sind künftig verpflichtet, auf den Sparbeitrag jedes Beschäftigten 15 Prozent draufzulegen. Als Verbesserung für die Riesterreute ist die Befreiung der Versicherten von der Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in der Verrentungsphase vorgesehen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

EINIGUNG ZU VERBRAUCHERFREUNDLICHER KENNZEICHNUNG VON ELEKTROGERÄTEN

„Neue Energielabel sorgen für Klarheit“

Aussagekräftige Energielabel statt irreführender „+++“-Klassen: Die gängigsten Haushaltsgeräte sollen bis spätestens Ende 2019 mit einem neuen Energielabel ausgestattet werden. Darauf haben sich das Europaparlament, der Rat und die EU-Kommission Dienstag geeinigt. „Es ist ein großer Erfolg, dass Elektrogeräte künftig ein neues Energielabel mit einer einheitlichen Skala von A bis G erhalten“, sagt Martina Werner, energie- und industriepolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten. „Dank der neuen Kennzeichnung werden Verbraucher auf einen Blick erkennen, wie energieeffizient ein Gerät wirklich ist. So können sie beim Kauf von Elektrogeräten tatsächlich Strom und Geld sparen.“

Eine Reform der Energielabel war aufgrund der überproportionalen Einordnung der Elektrogeräte in die besten Effizienzklassen und der irreführenden Vielzahl unterschiedlicher Energielabel für verschiedene Produkte notwendig. „Die bisherigen Energielabel haben ihre Aufgabe, dem Verbraucher die Kaufentscheidung für energieeffiziente Produkte zu erleichtern, nicht erfüllt. Stattdessen

haben sie eher Verwirrung gestiftet“, so Martina Werner. „Künftig wird es ein einheitliches Energielabel für alle Elektrogeräte mit einer Effizienzskala von A bis G geben. So wird sichergestellt, dass A immer die beste und G die schlechteste Effizienzklasse kennzeichnet.“

Die Verordnung beinhaltet auch Maßnahmen für eine stärkere Marktüberwachung in den Mitgliedstaaten. So soll gewährleistet werden, dass die auf dem Energielabel angegebenen Informationen korrekt sind und die Anforderungen der Verordnung eingehalten werden. Der Aufbau einer Datenbank mit einer öffentlich zugänglichen Informationsseite für Verbraucher und einer geschützten Plattform mit technischen Daten für nationale Marktüberwachungsbehörden ist ebenfalls ein zentraler Bestandteil der Verordnung. „Wie wichtig die Marktüberwachung ist, hat uns die Abgasaffäre vor Augen geführt. Mit der geschützten Plattform stehen nationalen Marktüberwachungsbehörden alle technischen Informationen, die sie zur Ausübung ihrer Aufgaben benötigen, sofort zur Verfügung. Sie müssen diese nicht mehr

erst bei den Herstellern anfordern, wenn sie ihre Kontrollaufgaben durchführen. Verbraucher können mit ein paar Klicks Stromfresser unter den Produkten identifizieren. Wer Energie sparen will, hat es damit so einfach wie nie“, erklärt Martina Werner.

Das EU-Parlament hat auf Druck der Sozialdemokraten außerdem dafür plädiert, dass Verbraucher für den Kauf von Elektrogeräten mit inkorrekten Effizienzklassen entschädigt werden. „Leider ist es uns nicht gelungen, eine finanzielle Entschädigung der Verbraucher für den Kauf falsch etikettierter Elektrogeräte durchzusetzen. Hier haben sich sowohl die EU-Kommission als auch der Rat wenig kompromissbereit gezeigt.“

Die Einigung muss in den kommenden Monaten noch vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten offiziell verabschiedet werden. ■



Martina Werner MdEP

FOTO: BÜRO WERNER

GLÜCKWUNSCH!

Ernst Drömer
aus Trendelburg
Gustav Nowack
aus Kassel
Anneliese Barnikol-Schlamm
aus Grebenstein
zum 95. Geburtstag

Ilse Hosemann
aus Schwalmstadt
zu 70 Jahren
Parteimitgliedschaft

Helene Tögel
aus Rosenthal
zu 65 Jahren
Parteimitgliedschaft ■

ANZEIGE

DIE ZUKUNFT MITGESTALTEN

Siegfried Richter bleibt 60plus-Vorsitzender

Die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft 60plus Hessen Nord wählten Siegfried Richter aus Homberg (Efze) mit einer deutlichen Mehrheit von 96,5 % erneut zu ihrem Vorsitzenden.

In seinen Ausführungen hob Richter besonderes hervor, dass die AG SPD 60 plus sich nicht nur auf typische Seniorenthemen fokussiert, sondern aufgrund der Lebens- und Berufserfahrung ihre besondere Verantwortung für unsere gesamte Gesellschaft wahrnimmt. Die Älteren in der SPD wollen konstruktiv und kritisch die politischen Entscheidungssträger begleiten.

Eine besondere Aufgabe sieht die Arbeitsgemeinschaft auch darin, junge Menschen für ein Mitwirken in politischen Gremien zu gewinnen. Hierzu wird sie aktive Jusos nachhaltig unter-

stützen. Die Juso-Bezirksvorsitzende Lara Kannappel hob in ihrem Grußwort ebenfalls die gute Zusammenarbeit hervor.

Die SPD-Senioren setzen sich nach wie vor in der Gesundheitsversorgung für eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung ein, in der jeder im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einbezogen wird. Hierzu gehöre es auch, dass Selbständige und Beamte ebenfalls als Pflichtmitglieder einbezogen werden.

In ihren Anträgen an den Bundesparteivorstand drückte die Arbeitsgemeinschaft ihre Sorgen bezüglich der negativen Auswirkungen auf die Sozialsysteme infolge des Ersatzes menschlicher Arbeit durch Digitalisierung und Roboter aus. Hier sei eine Wertschöpfungsabgabe eine der besten Lösungen.

Positiv sieht man die beschlossene verlängerte Zurechnungszeit bei der Er-



werbsminderungsrente, diese Zeit müsse aber der jeweiligen Regelaltersgrenze angepasst werden.

Als Gastreferent ging der stellvertretende Bundesvorsitzende und ehemalige MdB Dr. Reinhold Hemker auf das Thema „Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität – National und Global“ ein. Schwerpunkte der anschließenden Diskussion waren: Grenzen des Wachstums, Friedenspolitik durch Annäherung, Verteilungsgerechtigkeit weltweit. ■

Der neugewählte AG 60plus-Bezirksvorstand.

FOTO: E. HEUSINGER VON WALDEGGE

LARA KANNAPPEL ALS JUSO-BEZIRKSVORSITZENDE BESTÄTIGT

Die Bezirkskonferenz der nordhessischen Jungsozialisten bestätigte die 22-jährige Lara Kannappel aus Baunatal als Bezirksvorsitzende.

Im von der Konferenz verabschiedeten Leitantrag treten die nordhessischen Jusos für mehr Verteilungsgerechtigkeit durch höhere Steuern für Reiche, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.

Daneben treten sie für mehr Chancen und weniger Sanktionen für Arbeitslose, mehr sozialen Wohnungsbau und kostenlose staatliche Bildungsangebote vom Kindergarten bis zur Universität ein. Auch die Gesetzliche Rentenversicherung

(GRV) soll mit dem Ziel der Anhebung der Rentenbezüge und der Verhinderung von Altersarmut grundlegend reformiert werden.

„Als Sozialdemokratie ist es unser Anliegen für eine offene und freie Gesellschaft einzutreten. Dazu gehört für uns, dass allen Menschen gleiche Chancen ermöglicht werden. Wir fordern deshalb die Ehe für Alle und ein elternunabhängiges BAföG. Um wichtige gesellschaftliche Projekte umsetzen zu können, muss der Reichtum in Deutschland unverteilt werden“, erklärte Lara Kannappel die Positionierung des Leitantrags.

Hauptredner der Konferenz war Michael Rudolph, Regionsgeschäftsführer

des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nordhessen. In seiner Rede zu Thema „Chancen und Hürden für einen linken Politikwechsel aus gewerkschaftlicher Sicht“ machte er auf neue Herausforderungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt aufmerksam und stellte fest, dass die Politik wieder mehr Mut brauche, um den Menschen das Gefühl zu geben, sich für Gerechtigkeit einzusetzen.

Der Nordhessische SPD-Bezirksvorsitzende, Manfred Schaub, forderte in seinem Grußwort auf, sich nicht auf guten Umfragewerten auszuruhen, sondern mit einem starken inhaltlichen Profil in den Wahlkampf zu starten. Er lobte in diesem Zusammenhang den Leitantrag. ■



Lara Kannappel

FOTO: JUSOS HESSEN-NORD

FULDAER ROSE AN TELEFONSEELSORGE

Höhepunkt des zum 26. Mal vom SPD-Stadtverband Fulda organisierten „Marktes der Möglichkeiten“, auf dem Vereine und Verbände ihre ehrenamtliche Arbeit aus dem Bereich Arbeit und Soziales vorstellen, war die Verleihung der Fuldaer Rose für Zivilcourage an die Telefonseelsorge.

„Unsichtbare Helden“ und „unsichtbare Not- und Lebensretter“ nannte Stadtverordneter Bernhard Lindner in seiner Laudatio die Ehrenamtlichen der Telefonseelsorge. Die Seelsorge sei das Fieberthermometer der Gesellschaft. Themen aller Art fänden Gehör: Familiäre Probleme, Einsamkeit, Krankheiten, Sorgen am Arbeitsplatz oder in der Schule, Geldnöte, auch Suizidgedanken. „Wenn sie es schaffen, jemandem diese Lebensmüdigkeit zu nehmen, dann ist

das Zivilcourage“, so Lindner.

Prominenter Gast war in diesem Jahr die Generalsekretärin der hessischen SPD, Nancy Faeser. Sie übergab den Preis an den Vorsitzenden des Fördervereins Winfried Ebert, da die 75 in der Telefonseelsorge Tätigen in der Anonymität arbeiten. Ebert erläuterte: „Jedes Telefonat ist eine kleine Friedenkonferenz: Wer bei uns anruft, hat abgerüstet – in Taten, Worten und Gedanken. Wir geben neue Perspektiven, führen neue Ziele vor Augen – das ist unsere Aufgabe.“

Viel Zeit nahm sich Nancy Faeser zwischen ihrer Rede und der Übergabe der Fuldaer Rose, allen Ständen einen Besuch abzustatten und mit den Ehrenamtlichen ins Gespräch zu kommen. „Wir hören uns in der Gesellschaft viel zu wenig zu, wo wir uns doch eigentlich mit Respekt be-



gegnet sollten. Außerdem haben sowieso alle hier versammelten Institutionen den Preis verdient“, lobte sie das vielfältige Engagement.

Ausführlich würdigte Nancy Faeser all jene, die den Markt der Möglichkeiten seit vielen Jahren organisieren. Besondere Dankesworte galten hier der Stadtverordneten Edith Bing. ■

Die Preisträger der Fuldaer Rose 2017 mit der hessischen SPD-Generalsekretärin Nancy Faeser.

FOTO: RALPH LEUPOLT